



Moschee-Gegner wehren sich gegen Diffamierung



Zehn Mitglieder der *Initiative Pankow-Heinersdorfer Bürger* gegen den geplanten Moscheebau haben wegen der gegen sie laufenden Rufmord-Kampagne Anzeige gegen mehrere Politiker erstattet, unter anderem gegen die Integrations senatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei/PDS, Foto), den Pankower Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) und die Heinersdorfer SPD-Abgeordnete Christa Müller.

Knake-Werner hatte der Bürgerinitiative „islamfeindliche Hetze“ unterstellt, sie in einem Atemzug mit der NPD genannt und suggeriert, dass sie für den Brandanschlag auf den LKW verantwortlich sei.

Die „Initiative Pankow-Heinersdorfer Bürger“ werfe der Senatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei/PDS) vor, sie habe Mitglieder der Initiative im Zusammenhang mit einem Brandanschlag verleumdet und herabgewürdigt, wie die „Berliner Zeitung“ berichtet. Der Brandanschlag hatte sich vor zwei Wochen auf der Baustelle für eine Moschee im Pankower Ortsteil Heinersdorf ereignet. Angezeigt wurden der

Zeitung zufolge auch der Pankower Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) und die Heinersdorfer SPD-Abgeordnete Christa Müller. „Es gibt im Zusammenhang mit dem Brandanschlag ungeheuerliche Vorverurteilungen“, sagte der Vorsitzende der Bürgerinitiative Joachim Swietlik dem Blatt.

Auf dem künftigen Gelände der Moschee an der Heinersdorfer Tiniusstraße hatte ein Baufahrzeug gebrannt. Die Polizei geht von vorsätzlich gelegtem Feuer aus, der Staatsschutz ermittelt. Integrationssenatorin Heidi Knake-Werner sagte am Tag nach dem Feuer: „Der feige Brandanschlag ist ein Höhepunkt der islamfeindlichen Hetze der ‚Bürgerinitiative gegen den Moscheebau‘ und der NPD.“

Wir hoffen, dass die Anzeige der üblen Hetze von Linken und sogenannter bürgerlicher Parteien gegen die Bürgerinitiative endlich ein Ende bereiten wird. Das hatte man allerdings nach der peinlichen Pleite der Bundestag-Vizepräsidentin, Petra Pau von der PDS/Die Linke schon einmal gehofft.

(Spürnasen: Mirko V., Hojojutsu und spital8kat)

Hubertus Knabe gegen das Vergessen der DDR-Diktatur

☒ In Deutschland hat es im letzten Jahrhundert zwei Diktaturen gegeben, die der Nazis und die der Kommunisten. Erinnerung werden wir permanent an die erstere – das ist gut so. Gewalt von rechts, das Erstarken der Neonazis in Landesparlamenten im Osten, die gutbürgerliche Fassade der NPD bei Familienveranstaltungen und Hilfsangeboten, ebenfalls vorwiegend im Osten usw. Leider allerdings sind Medien und

Politik auf dem linken Auge blind.

Es wird als demokratischer Prozess akzeptiert, dass die PDS als unmittelbare Nachfolgepartei der verbrecherischen SED wieder an den Schalthebeln und Fresstöpfen der Macht sitzt und Vertreter dieser Partei sich großmäulig vor Kameras stellen und obstruse und populistische Forderungen stellen können. Die Partei, die das Verbiegen von Millionen von Lebensläufen, tausende Mauertote und zehntausende politische Gefangene (zum Beispiel für Straftaten wie „ungesetzliche Verbindungsaufnahme zu einer feindlichen Macht mit der Intention, den Interessen der DDR zu schaden – § 219 StGB DDR“ oder Republikflucht!) zu verantworten hat, wird von der SPD als Steigbügelhalter benutzt und ihre Kritiker werden beschimpft und verleumdet. Einer der Leute, die sich nicht den Mund verbieten lassen, ist Hubertus Knabe. Der Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasigefängnis in Berlin-Hohenschönhausen schreibt in der *Welt*:

Statt die Diktaturpartei – wie in Rußland – zu verbieten, beließ man ihr sogar große Teile ihres Vermögens. Statt ihre Geheimpolizei – wie nach 1945 – zur verbrecherischen Organisation zu erklären, sitzen deren Zuträger heute im Bundestag.

Der Entschluß, den Großteil der DDR-Funktionärsschicht unbestraft zu lassen, führte nicht – wie erhofft – zur Versöhnung, sondern zu einer trotzigem Jetzt-erst-recht-Haltung der ehemaligen Unterdrücker. In dem Maße, wie die dreimal umbenannte SED politisch hoffähig wurde, gewannen auch die Stasi-Mitarbeiter das Gefühl, daß sie sich nicht mehr zu verstecken brauchten.

Mindestens ebenso schwer wie die politische Nachsicht wirkt sich die juristische Sanftmut aus, mit der der Rechtsstaat auf das SED-Unrecht reagierte. Von den 91 000 Mitarbeitern des DDR-Staatssicherheitsdienstes mußte nicht einmal ein Dutzend ins Gefängnis – für Mielkes Offiziere heute ein

Beweis, daß sie sich nichts zuschulden kommen ließen. Statt sie zu bestrafen, und wenn auch nur pro forma, bescherte das Bundesverfassungsgericht aus einem falsch verstandenen Gleichheitspostulat den DDR-Funktionären sogar immer neue Rentenanhebungen. Während die Stasi-Opfer seit Jahren auf eine angemessene Pension warten, zahlen allein die neuen Länder jährlich rund 3,5 Milliarden Euro für die von der SED geschaffenen Sonderversorgungssysteme der Privilegierten. In Kürze wird der Deutsche Bundestag auch noch die „Dienstbeschädigungen“ früherer Stasi-Mitarbeiter bei der Rentenberechnung anerkennen.

Über Hubertus Knabes neuestes Buch: „Die Täter sind unter uns – Über das Schönreden der SED-Diktatur“ schreibt der Tagesspiegel :

Knabes Buch ist eine Abrechnung mit den einstigen Tätern und ihren geschichtsrevisionistischen Selbsterklärungsversuchen. Es ist eine Analyse über das Fortleben eines Apparates, in dem sich tschekistische Taktik mit juristischem Sachverstand, Kommunismusgläubigkeit mit störrischer „Es war nicht alles schlecht“ -Ahnungslosigkeit paaren. Einblicke in das Innenleben der „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“, der Leute wie Egon Krenz oder Mielke-Stellvertreter Wolfgang Schwanitz angehören, oder der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“, die 24 000 Mitglieder hat, zeigen, dass diese Gruppen nicht nur Wärmestuben für Ehemalige sind. Vielmehr agieren sie als Kampfgemeinschaften gegen vermeintliche gesellschaftliche Ächtung und Agitationszentren in Sachen nachträglicher Reinwaschung. Die Opfer werden verhöhnt, die Haftanstalten als Orte mit Pool und Bibliothek geschildert, die Schüsse an der Mauer als Notwehrakte gerechtfertigt. Und: Sie erzwangen 15 000 Verfahren gegen Rentenbescheide und 15 Verfassungsbeschwerden gegen Rentenkappungen. „Sie haben den Kampf gewonnen“, resümiert

Knabe bitter. Heute noch seien 700 Ex-Stasileute als Anwälte tätig.

Knabe geht noch weiter: Es artikuliert das Unbehagen gegenüber einem Rechtsstaat, der bei der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts versagt habe. Einen Grund dafür sieht Knabe im Einigungsvertrag: Er habe versäumt, Grundlagen für die Bestrafung der Täter zu formulieren. Die Festlegung, dass SED-Unrecht nach DDR-Recht bestraft werden müsse, hält Knabe für eine „Absurdität“.

Das Resümee ist ernüchternd: Trotz 42 000 politisch motivierter Straftaten allein nach dem Mauerbau seien nur 19 Täter ins Gefängnis gewandert. Sie alle sind mittlerweile wieder frei. Zwar sei ursprünglich gegen 100 000 Personen ermittelt worden. Doch nur in einem Prozent der Fälle sei es zur Anklage gekommen. Da werde zweierlei Recht angewendet, sagt Knabe: Die politischen Häftlinge wurden rehabilitiert, die für das Unrecht Verantwortlichen aber nicht bestraft. Und: Die Benachteiligungen bei den Opfern wirkten fort, während die Täter nicht zur Verantwortung gezogen würden. Mit Blick auf ihre soziale Lage und ihre mageren Renten würden heute viele der ehemaligen Oppositionellen sagen: Der Widerstand hat sich nicht gelohnt. Da steht hinten einer im Publikum auf und sagt: „Ich war auch in Haft und muss meine Rente zusammenhalten. Wichtiger aber ist mir, dass ich meinen Kindern und Enkeln entgentreten kann, ohne rot zu werden.“

(Spürnase: Florian G).

Berliner Politiker Hand in Hand mit Antifa

☒ Es kommt, wie es kommen musste. Vor drei Tagen wurde – wie berichtet – auf der Baustelle der geplanten Moschee in Berlin Pankow-Heinersdorf ein LKW angezündet. Der Staatsschutz ermittelt, man sucht nach den gewünschten Spuren eines rechtsradikalen Hintergrundes. Und wie erwartet gerät die Heinersdorfer Bürgerinitiative gegen den Moscheebau (ipahb e.V.) in ein Spinnennetz von Diffamierungen und Verdächtigungen.

Es beginnt damit, dass von Anfang an in Medien-Artikeln zu dem Anschlag die (sich ausschließlich mit rechtsstaatlichen Mitteln wehrende) ipahb ständig erwähnt wurde. Moscheegegner – aha – Brandstifter. Dazu fließt dann regelmäßig ganz beiläufig der Hinweis ein, dass auch die NPD gegen die Moschee Stellung bezieht. So wird bewusst die Verbindung vom Moscheegegner zum Rechtsradikalen hergestellt, und dem traut man grundsätzlich alles zu, auch einen Brandanschlag auf ein Auto. Und weil man offensichtlich wieder einmal nichts Greifbares findet, geht der Rufmord jetzt richtig los. Linksextremistische AntiFa-Gruppen, PDS, SPD, Grüne und FDP solidarisieren sich und betreiben die geistige Brandstiftung, die sie den besorgten Bürgern vorwerfen. Da wird gutmenschlich gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert. 150 Bessermenschen (laut Presse), höchstens 40 nach Augenzeugenberichten, erschienen bei der Demo und die AntiFa drohte ganz offen Aktionen gegen Moschee-Gegner an: „Die Schonzeit für Rassisten in Heinersdorf ist vorbei“, hieß es. Nun wissen wir, Moscheegegner = Rassist. Die guten Leute haben ja schon einmal dazu aufgerufen, Moscheegegner öffentlich kenntlich zu machen. Und die unverschämten Diffamierungen werden von Berliner Politikern noch auf die Spitze getrieben:

Mit scharfer Kritik reagierte Pankows Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) auf den Anschlag. Nach dem Scheitern des friedlichen Widerstandes werde offenbar die Schwelle zur Gewalt überschritten. „Für mich ist das der bisherige Höhepunkt des destruktiven Protestes“, so Köhne. Auch mit der bisher betriebenen „geistigen Brandstiftung“ müsse endlich Schluss sein. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sprach von einem „ziemlich erschütternden“ Vorgang, Integrationssenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) von einem Höhepunkt „islamfeindlicher Hetze“. Es sei ein Anschlag auf das Zusammenleben und die kulturelle Vielfalt der Menschen, die „diese Stadt prägen und lebenswert machen“. Die Pankower PDS-Abgeordneten verlangen in einem Antrag an das Parlament, sich dem Treiben der Moschee-Gegner entschieden entgegenzustellen. Das Feuer sei mehr als ein Sachschaden. Eine monatelange Kampagne und Stimmungsmache der Bürgerinitiative und der NPD habe einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Erst in vergangenen Wochen hätte die NPD im Bezirk ihre Aktivitäten intensiviert und flächendeckend „Bürgerbriefe“ verteilt.


Alles klar? Moscheegegner sind Rechtsradikale, haben selbstverständlich den LKW angezündet und damit „islamfeindliche Hetze“ betrieben. Der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (wie peinlich für das Land!), Petra Pau von der PDS/Die Linke, wurden ihre Diffamierungen bei Androhung einer Geldstrafe inzwischen untersagt, aber genügend andere reißen den gutmenschlichen Mund weit auf:

Pankows Bürgermeister Matthias Köhne (SPD) verurteilte als einer von vielen Politikern den Brandanschlag: „Den Gegnern der Moschee wird klar, dass ihr bisheriger Weg erfolglos war. Die Form des Anschlags zu wählen, ist entsetzlich.“ Köhne wie auch die Bürgerinitiative „Heinersdorf öffne Dich“ forderten die Gegner auf, die bisher betriebene „geistige Brandstiftung“ zu beenden, die die Stimmung angeheizt und radikalisiert hat. Gleicher Meinung ist Integrationssenatorin


Heidi Knake-Werner (Linkspartei): „Der feige Brandanschlag ist ein Höhepunkt der islamfeindlichen Hetze der Bürgerinitiative gegen den Moscheebau und der NPD.“

Es ist übrigens bisher noch nicht einmal sicher, dass es sich überhaupt um einen Anschlag gehandelt hat. Wir gehen aber davon aus. Die professionellsten Autoabfackler der Stadt findet man bekanntlich bei den AntiFas, die solche Anschläge beinahe täglich praktizieren. Die Mitglieder angeblich demokratischer Parteien schämen sich nicht, sich mit diesen linksradikalen Brandstiftern zu solidarisieren und mit dem diffamierenden Zeigefinger auf anständige Bürger zu zeigen, denen an der Zukunft dieses Landes etwas liegt.

» Die ipahb verurteilt den Brandanschlag auf die Baustelle der Ahmadiyya-Moschee

»  an Pankows Bezirksbürgermeister Matthias Köhne

Migrantengewalt: „Das Erfolgsmodell Verbrechen“ heißt

 Der *Tagesspiegel* – wieder einmal – beschäftigte sich gestern mit dem Leben und Denken der Migrantenkinder, die inzwischen 80% der Intensivtäter in Berlin stellen. Ob der *Tagesspiegel* um Verständnis für diese Leute werben oder zeigen wollte, dass wirklich jede Mühe vergeblich ist, wissen wir nicht, nehmen aber letzteres an. Die grundsätzlichen Einstellungen dieser Menschen sind hoffnungslos verroht und haben nichts mit unserer zivilisierten Gesellschaft gemein.

Da helfen weder Bildung noch gutmenschliche Gesprächstherapien der Gewaltversteherkraft. Man kann sinnvollerweise nur alle abschieben, wo dies noch möglich ist, und versuchen, mit harten Gefängnisstrafen den Rest der Gesellschaft so gut es geht vor ihnen zu schützen. Und dass dies mehr als nötig ist, liest man hier:

*Neukölln, Friedrichshain, Kreuzberg – das Revier der Polizeidirektion 5. Hier sitzt der Jugendbeauftragte, hier arbeiten die Zivilfahnder der Operativen Gruppe Jugendgewalt. Im Zuständigkeitsbereich dieser Direktion werden zwei Drittel aller Straftaten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verübt. **80 Prozent der deutschen Jugendlichen zwischen zwölf und 18 sind hier schon mal Opfer einer Gewalttat geworden, schätzt die Polizei. Intensivtäter wie Tarek oder Arkan bringen es auf 80 Straftaten im Monat. Das „Abziehen“, sagen die Fahnder, verlagere sich hinaus in die bürgerlichen Bezirke. Ein Fahnder sagt: „Denen geht es nicht ums Geld, es geht um die Erniedrigung.“***

Auf einem Tisch stapelt sich die Ausbeute eines Tages: Totschläger, Baseballschläger, Einhandmesser und eine Einkaufswagenstange samt Metallbox für den Münzeinwurf. Die Vorbilder der Jugendlichen sind die Dauertäter aus den arabischen und türkischen Großfamilien. „Die haben einen Ruf wie Donnerhall“, sagt ein Fahnder. Mancher kleine Junge, den man in den 80er Jahren kennengelernt habe, als Bürgerkriegsflüchtling aus dem Libanon, sei heute eine große Figur im Rotlichtmilieu: bei den Autoschieberbanden oder beim Anabolikaverkauf. Die kleinen Jungs von heute wollen alle mal im Arrest landen, das gilt als Adelsschlag.

*Einmal hat die Polizei beschlossen, eine Schule auf einen Vergewaltiger aus ihren Reihen aufmerksam zu machen, in der Hoffnung, solche Taten würden geächtet. Doch über den Flurfunk bekamen die Schüler den Namen raus, und bald war der Verbrecher ein Held. Ein Fahnder sagt: „Da war uns klar: **Das Erfolgsmodell heißt Verbrechen.**“*

(...)

Mangelnde Dialogfähigkeit in den Familien, das hält nicht nur die Polizei für ein grundlegendes Problem. Auch Mahmud Bakri denkt so, Palästinenser, Leiter eines Jugendklubs. 1970 flüchtete er mit seiner Familie nach Berlin. Da war er 17. Heute liegen 30 Jahre Sozialarbeit hinter ihm. Vor seinem Büro spielen Jugendliche Billard. Er kennt politische Veranstaltungen, prominent besetzt, auf denen Sozialarbeiter von Erfolgen erzählen, die es nicht gibt. Bakri regt diese Verlogenheit auf.

Aber diese Verlogenheit ist überall präsent. Damit können wir uns nämlich selbst die Schuld an allem geben und suggerieren, dass Mühe, Verständnis und Gespräche etwas nützen. Die Kommentare der *Tagesspiegel*-Leser zeigen, dass die Bürger die Nase voll davon haben, ständig belogen zu werden. Sie haben auch genug davon, Verständnis mit denen zu haben, die ihr Leben, ihre Gesundheit und ihr Eigentum bedrohen. Zum Beispiel S.:

Ich habe aufklärende Artikel satt. Ich lehne diese Typen nicht ab, ich hasse sie. Ich hasse ihre „Kultur“. Ich will kein drittes Reich, keine Npd, ich will keine auf die Fresse, nicht mehr die Straßenseite wechseln, keine solchen Typen in meinem Land. (...) Die Araber/Türken bekommen Verständniß, vorgefertigte Ausreden etc. Zusammenleben? Es hat mit Polen geklappt, es klappt mit Italienern, Griechen, Spaniern, Südamerikanern, Asiaten. Mit Arabern und Türken klappt es nicht. Ich kenne auch Ausnahmen, aber ich pfeife auf Ausnahmen. Ihr könnt darüber schreiben oder nicht, das ändert nichts. Es geht so seit ein paar Idioten Multikulti statt Deutschland einführen wollten. Die werden NIE sagen, daß das falsch war. Gut ist nur, daß Menschen wie ich jeden Tag mehr werden.

Oder Wolfgang Cojaniz:

Ich bin schockiert. Ich lebe seit fast dreißig Jahren in Kreuzberg und frage mich, ob das unbekümmerte Leben, das meine Frau, meine Kinder und ich bislang hatten, nicht massiv durch diese „Intensivtäter“ bedroht wird. Ich glaube, dass unser Strafrecht für diese Art von Straftäter zu milde ist. Wir sind infolge unsere Nazi-Vergangenheit zu sehr auf Milde getrimmt worden. Auf jugendliche Täter wirken harte Strafen abschreckend. Bewährungsstrafen sind lächerlich für Macho-Typen.

Marko Schöneberg:

Die Gesellschaft sollte sich fragen, welchen Wert sie darauf legt, solche Leute zu integrieren.

Sie tun nichts gutes und sind zu nichts nütze und verachten uns nur, obwohl wir ihre Sozialhilfe zahlen und sie sich dafür mit massiven Körperverletzungen bedanken.

Sie nutzen keine Möglichkeit aus Ehrgefühl und aus purer Faulheit. Andere Migranten nutzen die Möglichkeit, so schwierig sie auch sind. Die Typen haben es halt nicht nötig.

Wer braucht sie? Der Staat sollte eine regidere Einwanderungspolitik betreiben – Leute die nur Unsinn machen und uns schädigen, können gerne gehen, wo die Kultur ist, nach der sie denken Leben zu wollen.

So ist es! Wir brauchen sie nicht, und wir wollen sie nicht. Sie sollen dahin gehen, wo mit Messern und Fäusten „diskutiert“ wird und der Stärkere immer im Recht ist.

(Spürnasen: b. jellyfish und Michael)

Gutmenschen gegen Nicht-ganz-so-gut-Menschen

☒ Das finden wir jetzt lustig. Da will jemand ein ganz politisch korrekter Guti sein und engagiert sich bei „Mut-gegen-rechte-Gewalt„. Es geht um eine Schülerin, die während ihres Schülerpraktikums „Mit offenen Augen durch Berlin“ läuft. Dabei ist sie zunächst ganz korrekt ausschließlich schockiert über die alltägliche Konfrontation mit Rechtsextremismus und Rassismus, macht aber dann auch andere Erfahrungen mit Rassismus.

Für diese Erfahrungen wird sie dann von noch besseren Gutmenschen heftig attackiert. Zunächst erfahren wir Dinge wie diese:

Denn wenn man mit offenen Augen durch die Stadt läuft, trifft man immer wieder auf Rechtsextremismus, Rassismus usw. Bei einigen Dinge muss man die Augen gar nicht allzu weit aufreißen, denn Sachen wie Naziaufmärsche, Angriffe auf Ausländer oder antifaschistisch gesinnte Jugendliche, die teilweise sogar krankenhaushausreif geschlagen werden oder „Sieg-Heil“ –Rufe können ja wohl nur schwer übersehen bzw. überhört werden. Bei anderen Sachen, wie zum Beispiel Schmierereien mit rechten Symboliken, NPD-Aufkleber oder Äußerungen mit rassistischen Inhalten, muss man jedoch manchmal genauer hinschauen/ -hören.

Der Autorin dieses Beitrages, selbst Berlinerin, sind die in der Hauptstadt offenbar fast täglich stattfindenden Nazi-Aufmärsche noch nicht so deutlich aufgefallen. Aber das ist nicht Thema dieses PI-Beitrages. Am Ende ihres Artikels schreibt die Praktikantin nämlich:

Jedoch wurde ich in letzter Zeit immer wieder enttäuscht,

nicht nur von rechtsextremistischen, nein, sondern auch von ausländischen Jugendlichen oder Jugendlichen ausländischer Herkunft. So wurden bei mir im Umfeld Jugendliche mit großteils antifaschistischen Ansichten beraubt, bedroht oder zusammengeschlagen. Ähnliches passierte mir und einer Gruppe definitiv als antifaschistisch zu erkennenden Jugendlichen nachts in der U-Bahn. Wobei es von Seiten solcher Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund hatten, zum Einsatz von Pfefferspray und Messern kam.

Denn wenn antifaschistisch gesinnte Jugendliche von genau den Personen angegriffen werden für dessen Wohl und Rechte sie kämpfen, steigt in mir Ärger und Frustration auf.

Leider entwickelt sich bei mir in der Umgebung (im Süden Berlins) der Trend, dass Rassismus auch von vor allem von einer Reihe Jugendlicher türkischer Herkunft ausgeht. So wurde vor kurzem eine sehr gute Freundin von mir auf Grund ihrer blonden Haaren als „deutsche Kartoffel“ bezeichnet, ihr auf dem Schulweg aufgelauert und umringt von mehreren Personen wurde ihr ins Gesicht geschlagen.

Mit sich reden ließen diese Jugendlichen nicht. Daran sieht man unter anderem mal wieder, dass Rassisten nicht allzu viel im Kopf haben. (Und kleine Anmerkung: die Kartoffel stammt aus Amerika und nicht aus Deutschland).

Unglaublich, wie kann sie solche Erlebnisse haben und dann auch noch darüber schreiben? Für *Indymedia* jedenfalls die Steilvorlage für den vernichtenden Beitrag